**Satzung
des Wasser- und Abwasserzweckverbandes (WAZ) Seelow
über die mobile Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben
und des nicht separierten Klärschlammes aus Kleinkläranlagen
(MobEntS)**

Auf der Grundlage der §§ 2, 3, 12 und 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 10], S. 1 ber. [Nr. 38]), geändert durch Gesetz vom 2. April 2025 (GVBl.I/25, [Nr. 8]), der §§ 3, 10 und 12 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32], S. 2), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 10], S.77), der §§ 1, 2, 4, 6 und 12 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl. I/04, [Nr. 08], S. 174), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 31]), und der §§ 64 ff. des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl. I/12, [Nr. 20]), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 9], S.14), hat die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Seelow auf ihrer Sitzung am 12.06.2025 die folgende Satzung beschlossen:

Inhalt:

- § 1 Allgemeines
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Anschluss- und Benutzungsrecht
- § 4 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 5 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang
- § 6 Einleitungsbedingungen
- § 7 Grundstücksentwässerungsanlagen
- § 8 Prüfungs- und Überwachungsrecht der Grundstücksentwässerungsanlagen
- § 9 Stilllegung der Grundstücksentwässerungsanlagen
- § 10 Betrieb der Vorbehandlungsanlagen
- § 11 Abscheider für Öle, Fette und Leichtflüssigkeiten
- § 12 Entsorgungsmodalitäten
- § 13 Maßnahmen an der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage
- § 14 Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben
- § 15 Gebührenzuschläge
- § 16 Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Schlamm Entsorgung aus Kleinkläranlagen
- § 17 Gebührenpflichtiger
- § 18 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht
- § 19 Erhebungszeitraum, Entstehung der Gebührenschuld, Festsetzung, Fälligkeit, Abschlagszahlungen
- § 20 Verwaltungskosten
- § 21 Anzeige-, Auskunfts-, Unterrichts- und Duldungspflichten, Betretensrecht
- § 22 Haftung
- § 23 Anordnungen für den Einzelfall, Verwaltungszwang
- § 24 Zahlungsverzug
- § 25 Ordnungswidrigkeiten
- § 26 Inkrafttreten

§ 1 Allgemeines

1. Der Wasser- und Abwasserzweckverband Seelow (im Folgenden: WAZ Seelow) betreibt zur Beseitigung des in seinem Entsorgungsgebiet (Verbandsgebiet) anfallenden Schmutzwassers zwei rechtlich jeweils selbständige öffentliche Schmutzwasseranlagen als öffentliche Einrichtung. Diese sind:
 - a) eine rechtlich selbständige Anlage zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung (öffentliche zentrale Schmutzwasseranlage)und
 - b) eine rechtlich selbständige Anlage zur dezentralen Schmutzwasserbeseitigung (öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage) nach Maßgabe dieser Satzung.

2. Durch den WAZ Seelow erfolgt keine Niederschlagswasserbeseitigung. Das Niederschlagswasser, das auf Grundstücken anfällt, ist von den Grundstückseigentümern in geeigneter Weise schadlos auf ihren Grundstücken unterzubringen. Eine direkte und indirekte Einleitung von Niederschlagswasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage nach Abs. 1 Satz 2 lit. b) ist verboten. Auch die Einleitung von Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser sowie sonstigem Wasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage ist verboten.

Es besteht keinerlei Rechtsanspruch auf Beseitigung des Niederschlagswassers, von Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser sowie sonstigem Wasser durch den WAZ Seelow überhaupt oder in bestimmter Weise oder auf Einleitung in die öffentlichen Anlagen des WAZ Seelow zur Schmutzwasserbeseitigung. Dies gilt auch dann, wenn der WAZ Seelow durch privatrechtliche Vereinbarung die Durchführung von Aufgaben der Niederschlagswasserbeseitigung oder von sonstigen Formen der Entwässerung ganz oder teilweise oder im Einzelfall übernimmt.

Wird dessen ungeachtet gleichwohl Niederschlagswasser oder Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser oder sonstiges Wasser – alle zusammen auch als Fremdwasser bezeichnet – in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage eingeleitet, steht dieses eingeleitete Fremdwasser dem Schmutzwasser gleich und unterliegt denselben Bestimmungen. Die Einleitung dieser Fremdwassermenge in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage ist nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung gebührenpflichtig. Ein Kubikmeter eingeleitetes Fremdwasser entspricht dann einem Kubikmeter Schmutzwasser. Im Übrigen gelten dann die Vorschriften der Schmutzwassergebührensatzung des WAZ Seelow entsprechend.

3. Diese Satzung regelt die technischen und rechtlichen Bedingungen des Anschlusses der Grundstücke an die öffentliche Anlage nach Abs. 1 Satz 2 lit. b).
4. Die Schmutzwasserbeseitigung erfolgt mittels Einrichtungen und Vorkehrungen zur Abfuhr und Behandlung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben und von nicht separiertem Schlamm aus Kleinkläranlagen (öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage).
5. Der WAZ Seelow kann die Schmutzwasserentsorgung ganz oder teilweise durch Dritte vornehmen lassen. Entsorgungsunternehmen, deren sich der WAZ Seelow zur Durchführung der dezentralen Schmutzwasserbeseitigung bedient, müssen eine vom Landesamt für Umwelt des Landes Brandenburg erteilte und im Zeitpunkt der Durchführung bestehende Zulassung als Beförderer von Fäkalien und des nicht separierten Schlamms aus Kleinkläranlagen nachweisen können.
6. Art, Lage und Umfang der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage sowie den Zeitpunkt

ihrer Herstellung, Anschaffung, Erneuerung, Erweiterung, Verbesserung und Beseitigung bestimmt der WAZ Seelow im Rahmen der geltenden Gesetze und sonstigen rechtlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der ihm übertragenen Schmutzwasserbeseitigungspflicht nach eigenem Ermessen.

7. Hat ein Grundstückseigentümer im Inland keinen Hauptwohnsitz oder keine Geschäftsleitung oder stellt sich die durch den Grundstückseigentümer mitgeteilte Anschrift als nicht zustellungsfähig heraus, so hat der Grundstückseigentümer dem WAZ Seelow einen Zustellbevollmächtigten im Inland mit einer zustellungsfähigen Anschrift zu benennen. Unterlässt der Grundstückseigentümer diese Benennung, kann der WAZ Seelow einen Zustellungsbevollmächtigten benennen.
8. Soweit sich die Bestimmungen dieser Satzung auf den Grundstückseigentümer beziehen, tritt an seine Stelle der Erbbauberechtigte, wenn das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet ist, oder der ähnlich zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte. Besteht für das Grundstück ein Nutzungsrecht, so tritt der Nutzer an die Stelle des Eigentümers. Nutzer sind die in § 9 des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes vom 21.09.1994 (BGBl. I S. 2457) genannten natürlichen oder juristischen Personen des privaten und des öffentlichen Rechts nach der weiteren Maßgabe des § 8 Abs. 2 Satz 6 KAG. Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner.

Die Grundstückseigentümer oder sonst dinglich zur Nutzung Berechtigten sind dazu verpflichtet, den obligatorisch zur Nutzung des Grundstücks Berechtigten die Einhaltung der Bestimmungen dieser Satzung aufzuerlegen.

9. Die DIN-Normen und sonstigen allgemein anerkannten technischen Regelungen, auf die in dieser Satzung verwiesen wird, behalten auch dann ihre Geltung nach Maßgabe dieser Satzung, wenn sie zwischenzeitlich durch andere Regelungen und Vorschriften, etwa nach europarechtlichen Standards, geändert, konkretisiert oder ersetzt worden sind.
10. Der WAZ Seelow ist berechtigt, die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage nach Maßgabe der Fortschreibung seines Abwasserbeseitigungskonzeptes zu ändern und in Teilen zu entwidmen. Die Entwidmung ist mit einer Frist von 18 Monaten anzukündigen. Mit der Entwidmung erlöschen die Rechte auf Anschluss und Benutzung nach dieser Satzung.

§ 2

Begriffsbestimmungen

1. Die **dezentrale Schmutzwasserbeseitigung** im Sinne dieser Satzung umfasst alle Maßnahmen, Vorkehrungen und Einrichtungen zur Entleerung, Abfuhr, Behandlung und Beseitigung der Inhalte von abflusslosen Sammelgruben sowie Kleinkläranlagen außerhalb der zu entwässernden Grundstücke.
2. **Schmutzwasser** im Sinne dieser Satzung ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende und gesammelte Wasser. Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten. Das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser ist Niederschlagswasser. Niederschlags-, Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser oder sonstiges Wasser gehören nicht zum Schmutzwasser im Sinne dieser Satzung.
3. Zur **öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage** gehören alle Vorkehrungen und Einrichtungen für die Abfuhr und Behandlung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben und nicht separiertem Schlamm aus Kleinkläranlagen außerhalb des zu entwässernden Grundstücks.

4. **Grundstücksentwässerungsanlagen** sind die gesamten Einrichtungen eines Grundstücks, die dem Ableiten, Speichern, Prüfen, Sammeln und eventuellen Vorbehandeln von Schmutzwasser auf dem Grundstück dienen, soweit sie nicht Bestandteil der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage nach § 1 Abs. 1 Satz 2 lit. b) sind. Zu den Grundstücksentwässerungsanlagen gehören insbesondere abflusslose Sammelgruben und Kleinkläranlagen.
5. **Abflusslose Sammelgruben** sind dichte Behälter ohne Ab- und Überlauf mit Be- und Entlüftung zum Sammeln des auf dem Grundstück anfallenden Schmutzwassers, ggf. mit Anschlussstutzen und Saugleitung.
6. **Kleinkläranlagen** im Sinne dieser Satzung sind Schmutzwasserbehandlungsanlagen, die für einen Schmutzwasseranfall von bis zu 8 m³ täglich bemessen sind.
7. **Nicht separierter Schlamm aus Kleinkläranlagen** ist das in der mechanischen Vorbehandlungsstufe der Kleinkläranlage mit dem Schmutzwasser und Feststoffen vorliegende Gemisch, das im Sinne der DIN EN 16323 vom Schmutzwasser abtrennbar ist. Nicht separierter Schlamm aus Kleinkläranlagen (im Folgenden: **Fäkalschlamm**) ist kein Klärschlamm im Sinne des § 2 Abs. 2 Satz 1 Klärschlammverordnung (AbfKlärV), sondern unbehandelter Fäkalschlamm (Roh-, Primär- bzw. gemischter Primärschlamm im Sinne der DIN EN 16323).
8. **Grundstück** im Sinne dieser Satzung ist – unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung – jeder zusammenhängende Grundbesitz desselben Eigentümers, der selbständig baulich oder gewerblich genutzt werden kann (wirtschaftlicher Grundstücksbegriff). Mehrere selbständig nicht baulich oder gewerblich nutzbare Grundstücke gelten als ein Grundstück, wenn die Eigentümer identisch sind, die Grundstücke aneinandergrenzen und sie nur in ihrer Gesamtheit baulich oder gewerblich nutzbar sind.
9. Im Übrigen gelten die Begriffsbestimmungen der Schmutzwasserbeseitigungssatzung des WAZ Seelow in der jeweils geltenden Fassung, soweit diese Satzung keine entgegenstehende Regelung enthält.

§ 3

Anschluss- und Benutzungsrecht

1. Jeder Grundstückseigentümer ist nach den Bestimmungen und vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, vom WAZ Seelow zu verlangen, dass sein Grundstück zur Ableitung bzw. Entsorgung von Schmutzwasser an die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage angeschlossen wird, sofern dies dem WAZ Seelow wirtschaftlich möglich ist (Anschlussrecht).
2. Nach der betriebsfertigen Herstellung und der Freigabe der Grundstücksentwässerungsanlage durch den WAZ Seelow hat der Grundstückseigentümer, vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung und unter Beachtung der technischen Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der haustechnischen Abwasseranlagen, das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Schmutzwasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage einzuleiten bzw. entsorgen zu lassen, wenn und soweit nicht anderweitige Rechtsvorschriften die Einleitung bzw. Entsorgung einschränken oder verbieten (Benutzungsrecht).

Das Benutzungsrecht besteht auch für obligatorisch zur Nutzung des Grundstücks Berechtigte (Mieter, Pächter und sonstige qualifizierte Nutzer) sowie für Nutzer nach den Bestimmungen des Schuldrechtsanpassungs- und des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes.

3. Das Anschluss- und Benutzungsrecht für die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die nicht oder nicht mehr an die öffentliche zentrale

Schmutzwasseranlage des WAZ Seelow angeschlossen sind. Maßgebender Zeitpunkt für das Ende des Anschluss- und Benutzungsrechts für die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage ist die Abnahme des Anschlusses an die und die Benutzung der öffentlichen zentralen Schmutzwasseranlage. Bis dahin besteht für den Grundstückseigentümer die Anschluss- und Benutzungsverpflichtung für die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage.

4. Ein Anschluss- und Benutzungsrecht besteht nicht, wenn der Inhalt der abflusslosen Sammelgrube oder Kleinkläranlage wegen seiner Art und Menge über die Einleitungsbedingungen dieser Satzung bzw. der Schmutzwasserbeseitigungssatzung des WAZ Seelow hinausgeht oder aus technischen Gründen oder nicht ohne weiteres vom WAZ Seelow übernommen werden kann.
5. Der Anschluss an die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit der WAZ Seelow von der Schmutzwasserbeseitigungspflicht befreit ist.
6. Der WAZ Seelow kann die Benutzung der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage ganz oder teilweise widerrufen oder versagen, wenn
 - a) das auf dem zu entsorgenden Grundstück anfallende Schmutzwasser wegen seiner Art und Menge nicht zusammen mit den in Haushalten anfallenden Schmutzwässern beseitigt werden kann oder
 - b) eine Übernahme des Schmutzwassers technisch nicht möglich oder wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar ist oder
 - c) die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage für die Aufnahme oder Reinigung des veränderten Schmutzwassers oder der erhöhten Schmutzwassermenge nicht ausreichend ist. Dies gilt nicht, wenn der Grundstückseigentümer sich bereit erklärt, die durch eine ausreichende qualitative und quantitative Kapazitätsverschaffung dem WAZ Seelow entstehenden Mehrkosten für die Planung, den Bau, die Änderung, den Betrieb und die Unterhaltung der zu schaffenden Entsorgungsmehrkapazitäten zu tragen und dafür auf Verlangen dem WAZ Seelow Sicherheit in Höhe der voraussichtlichen Kosten leistet.
7. Ist der Grundstückseigentümer nicht zum Anschluss oder zur Benutzung berechtigt oder verpflichtet, so kann der WAZ Seelow durch Vereinbarung ein besonderes Benutzungsverhältnis begründen, wobei die Bestimmungen dieser Satzung sinngemäß Anwendung finden. Ausnahmsweise kann in der Sondervereinbarung Abweichendes bestimmt werden, soweit dies sachgerecht ist und im öffentlichen Interesse im Sinne der Aufgabenerledigung zur schadlosen Schmutzwasserbeseitigung steht.
8. In die abflusslose Sammelgrube oder Kleinkläranlage darf ohne Genehmigung des WAZ Seelow kein Niederschlags-, Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser oder sonstiges Wasser eingeleitet werden.

§ 4 Anschluss- und Benutzungszwang

1. Die gem. § 3 zum Anschluss Berechtigten sind verpflichtet, ihre Grundstücke nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung an öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage anzuschließen, sobald auf ihrem Grundstück Schmutzwasser oder Fäkalschlamm auf Dauer anfällt oder hierfür ein öffentliches Interesse besteht (Anschlusszwang). Dabei sind die Grundstücke, einschließlich der Bestandteile und etwaigen Zubehörs, so herzurichten, dass eine Übernahme und Abfuhr des Schmutzwassers und des Fäkalschlammes problemlos möglich sind. Ein Anschlusszwang besteht nicht, wenn der Anschluss rechtlich oder tatsächlich unmöglich ist.

2. Dauernder Anfall von Schmutzwasser ist anzunehmen, sobald das Grundstück mit Gebäuden für den dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen oder für gewerbliche oder industrielle Zwecke bebaut ist oder mit der Bebauung des Grundstücks begonnen wurde.
3. Wenn und soweit ein Grundstück an die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage angeschlossen ist, ist der gem. § 3 Benutzungsberechtigte verpflichtet, alles anfallende Schmutzwasser – sofern nicht eine Einleitungsbeschränkung nach § 6 bzw. nach der Schmutzwasserbeseitigungssatzung des WAZ Seelow besteht – der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage zuzuführen und dem WAZ Seelow zu überlassen sowie die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlage ausschließlich durch den WAZ Seelow oder dessen Beauftragte zuzulassen (Benutzungszwang). Die Überlassungspflicht im Sinne des Satz 1 erstreckt sich auch auf den auf dem Grundstück anfallenden Fäkalschlamm.
4. Der Grundstücksentwässerungsanlage ist kein Schmutzwasser zuzuführen, zu dessen Aufnahme sie bestimmungsgemäß nicht geeignet oder vorgesehen ist. Im Übrigen gelten die Einleitungsbedingungen dieser Satzung sowie der Schmutzwasserbeseitigungssatzung des WAZ Seelow in der jeweils geltenden Fassung.
5. Wird vor dem Grundstück die öffentliche zentrale Schmutzwasseranlage hergestellt, bestehen die Verpflichtungen nach Absatz 1 und 3 solange fort, bis der Anschluss des Grundstücks an die öffentliche zentrale Schmutzwasseranlage hergestellt und durch den WAZ Seelow bzw. dessen Beauftragte abgenommen wurde und das gesamte Schmutzwasser dort eingeleitet wird.

Wird eine Befreiung für den Anschluss- und/oder Benutzungszwang für die zentrale öffentliche Schmutzwasseranlage ausgesprochen, besteht für das Grundstück die Verpflichtung zum Anschluss an die und zur Benutzung der dezentralen öffentlichen Schmutzwasseranlage.

6. Zur Einhaltung dieser Bestimmungen sind die Grundstückseigentümer verpflichtet. Sie haben auf Verlangen des WAZ Seelow oder seiner Beauftragten die dafür erforderliche Überprüfung zu dulden und zu unterstützen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
7. Die Ordnungsverfahren des WAZ Seelow zur Durchsetzung des Anschluss- und/oder Benutzungszwangs an die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage sind nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung (VKS) des WAZ Seelow kostenpflichtig; die Kosten sind von den zum Anschluss oder zur Benutzung der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage Verpflichteten zu tragen.

§ 5

Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang

1. Wenn der Anschluss des Grundstücks an die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage oder deren Benutzung für den Grundstückseigentümer unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls unzumutbar ist, kann auf schriftlichen Antrag eine entsprechende Befreiung ganz oder zum Teil ausgesprochen werden. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Aufforderung zum Anschluss schriftlich unter Angabe der Gründe beim WAZ Seelow zu stellen.
2. Die Befreiung oder Teilbefreiung vom Anschluss- und/oder Benutzungszwang kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen und Widerrufsvorbehalt erteilt werden. Die Kosten hierfür werden gegenüber dem Grundstückseigentümer nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung (VKS) des WAZ Seelow erhoben.

§ 6 Einleitungsbedingungen

Für die Benutzung der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage gelten die nachfolgend geregelten Einleitungsbedingungen:

1. In die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage darf nur Schmutzwasser und kein Niederschlags-, Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser oder sonstiges Wasser eingeleitet werden.
2. Es ist verboten, solche Stoffe (Feststoffe, Flüssigkeiten, Gase) und ihre Gemische in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage einzuleiten, die nach Art und Menge
 - a) die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden,
 - b) das in öffentlichen Schmutzwasseranlagen beschäftigte Personal gesundheitlich gefährden können,
 - c) giftige oder explodierende Dämpfe oder Gase bilden oder eine erhebliche Geruchsbelästigung verursachen können,
 - d) die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage in ihrem Bestand oder Betrieb nachteilig beeinflussen oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährden, erschweren oder behindern können,
 - e) Bau- und Werkstoffe angreifen können,
 - f) die Funktion der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage so erheblich stören können, dass dadurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Erlaubnis nicht eingehalten werden,
 - g) ein als Vorfluter benutztes Gewässer nachteilig verändern oder die Klärschlammbehandlung, -beseitigung oder -verwertung erschweren können.

Hierzu gehören insbesondere folgende Stoffe:

- a) Feststoffe (z. B. mineralische oder schwer abbaufähige organische Stoffe, Kunststoffe, Schutt, Sand, Kies, Zement, Asche, Katzenstreu, Kehricht, Schlacke, Müll, Glas, Textilien, Lederreste, Treber, Borsten, Küchen- oder Schlachtabfälle, Kaffeesatz und Tabakwaren), auch in zerkleinerter Form (z. B. aus Abfallzerkleinerern),
- b) Schlämme oder Suspensionen aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen Abwasserbehandlungsanlagen, Carbidschlämme, Farb- und Lackreste, Kunstharz, Latexreste, Kalkhydrat, Gips, Mörtel, flüssige und später erhärtende Abfälle sowie Bitumen und Teer und deren Emulsionen,
- c) feuergefährliche, explosive, giftige oder radioaktive Stoffe, organische Lösungsmittel sowie Abwässer, aus denen explosive Gas-Luft-Gemische entstehen können,
- d) infektiöse Stoffe, Medikamente, Drogen, nicht desinfiziertes Abwasser aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten,
- e) Abfälle aus der Produktion pharmazeutischer Erzeugnisse und Pflanzenschutzmittel,
- f) Kaltreiniger, die chlorierte Kohlenwasserstoffe enthalten oder die Ölabscheidung verhindern,

- g)** Benzin, Diesel, Öl, tierische und pflanzliche Öle und Fette einschließlich des durch diese Stoffe verunreinigten Waschwassers,
- h)** Emulsionen von Mineralölprodukten,
- i)** Säuren und Laugen, chlorierte Kohlenwasserstoffe, Phosgen, Schwefelwasserstoff, Blausäure und Stickstoffwasserstoffsäure sowie deren Salze,
- j)** Inhalte von Chemietoiletten sowie nicht auflösbare Hygieneartikel (z.B. Feuchttücher, Windeln, Binden und Tampons),
- k)** flüssige und feste tierische Abgänge aus Stallungen, insbesondere Jauche, Gülle, Mist, Dung, Silagesickersaft, Blut und Molke,
- l)** Abwasser von Industrie- und Gewerbegebieten, von dem zu erwarten ist, dass es auch nach der Behandlung in der Kläranlage nicht den Mindestanforderungen nach den §§ 57 bis 59 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585, in der jeweils geltenden Fassung) und den dazu erlassenen Verordnungen entsprechen wird.

Das Einleitverbot gilt auch für solche Stoffe und Stoffgemische, die als wassergefährdend im Sinne der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18. April 2017 (BGBl. I, S. 905) in der jeweils gültigen Fassung gelten.

Die im Hausgebrauch üblichen Wasch- und Reinigungsmittel und dergleichen dürfen nur im Rahmen sachgerechter Verwendung eingeleitet werden.

- 3.** Treten aus einer Anlage im Sinne der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18.04.2017 (BGBl. I, S. 905) in der jeweils geltenden Fassung wassergefährdende Stoffe infolge einer Störung des bestimmungsgemäßen Betriebes aus, sind die ausgetretenen Stoffe auf geeignete Weise auf dem Betriebsgrundstück zurückzuhalten. Eine Einleitung in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage ist, vorbehaltlich einer abweichenden Regelung in dieser Satzung, verboten.
- 4.** Gegen das unbeabsichtigte Einleiten der genannten Stoffe in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage sind erforderlichenfalls Vorkehrungen zu treffen. Das gleiche gilt für solche Stoffe, die zwar nicht in dieser Satzung benannt sind, jedoch in den auf der Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Verordnungen aufgeführt werden.
- 5.** Gelangen Stoffe nach Abs. 4 unbeabsichtigt oder aufgrund einer Betriebsstörung in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage oder ist dies zu befürchten, so hat der Grundstückseigentümer, der Verursacher und jeder zur Nutzung des Grundstücks Berechtigte den WAZ Seelow unverzüglich – mündlich oder fernmündlich, anschließend zudem schriftlich – zu unterrichten und Maßnahmen zur Schadensbegrenzung zu ergreifen. § 24 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18.04.2017 (BGBl. I, S. 905) in der jeweils gültigen Fassung gilt entsprechend.
- 6.** Bei der Einleitung von Schmutzwasser von gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken oder von anderem nicht häuslichen Schmutzwasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage ist eine qualifizierte Stichprobe vorzusehen. Sie umfasst mindestens fünf Stichproben, die, in einem Zeitraum von höchstens 2 Stunden im Abstand von nicht weniger als 2 Minuten entnommen und gemischt werden. Die Mischprobe ist nicht bei den Parametern pH-Wert, Temperatur und absetzbare Stoffe anzuwenden.

In der Mischprobe sind vorbehaltlich abweichender Regelungen nach Abs. 7, 8 und 9 die folgenden Grenzwerte einzuhalten. In der Langzeit-Mischprobe (Entnahmedauer 6 Stunden oder mehr) ist ein um 20 vom Hundert verminderter Grenzwert einzuhalten:

Parameter	Grenzwert
1. Allgemeine Parameter	
a) Temperatur	35° C
b) pH-Wert	6,5-10
c) absetzbare Stoffe	10 ml/l
d) schwerflüchtige lipophile Stoffe gesamt	300 mg/l
2. Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)	
a) Antimon (Sb)	0,5 mg/l
b) Arsen (As)	0,1 mg/l
c) Barium (Ba)	5 mg/l
d) Blei (Pb)	0,01 mg/l
e) Cadmium (Cd)	0,5 mg/l
f) Chrom (Cr)	1 mg/l
g) Chrom IV (Cr ⁺)	0,2 mg/l
h) Cobalt (Co)	2 mg/l
i) Kupfer (Cu)	1 mg/l
j) Nickel (Ni)	1 mg/l
k) Quecksilber (Hg)	0,001 mg/l
l) Selen (Se)	1 mg/l
m) Silber (Ag)	0,5 mg/l
n) Vanadium (V)	2 mg/l
o) Zink (Zn)	2 mg/l
p) Zinn (Sn)	2 mg/l
q) Chlor, freisetzbar (Cl)	0,5 mg/l
r) Cyanid, leicht freisetzbar (CN)	1 mg/l
s) Cyanid, gesamt (CN)	5 mg/l
t) Fluorid (F)	1,5 mg/l
u) Sulfat (SO ₄ ⁻)	240 mg/l
v) Sulfid (S ₂ ⁻)	20 mg/l
w) Phosphatverbindungen gesamt (P)	50 mg/l
3. Organische Stoffe	
a) Kohlenwasserstoffindex	20 mg/l
b) adsorbierbare organische Halogenverbindungen AOX	1 mg/l
c) leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW) als Summe Trichlorethan, Tetrachlorethen, 1,1,1-Trichlorethen, Dichlormethan gerechnet als Cl	0,5 mg/l
d) Phenol-Verbindungen (berechnet als C ₆ H ₅ OH)	100 mg/l
e) organische halogenfreie Lösungsmittel	spez. Festlegungen

Für vorstehend nicht aufgeführte Stoffe werden die Einleitungswerte (Grenzwerte) im Bedarfsfall festgesetzt, wenn dies von der Menge oder der Beschaffenheit des einzuleitenden Schmutzwassers her erforderlich ist, um eine ordnungsgemäße und schadlose Schmutzwasserbeseitigung sicherzustellen.

7. Bei der Einleitung von Schmutzwasser mit gefährlichen Stoffen im Sinne von § 62 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) aus Herkunfts- oder Verwendungsbereichen, die in den Anhängen der Abwasserverordnung (AbwV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.06.2004 (BGBl. I S. 1108, 2625) in der jeweils geltenden Fassung bezeichnet werden, sind die jeweils dort auf der Grundlage des Standes der Technik festgesetzten besonderen sowie die nach dieser Satzung festgelegten Anforderungen einzuhalten. Soweit in den Anhängen nichts

anderes geregelt ist, beziehen sich diese Anforderungen auf das Schmutzwasser im Ablauf der Schmutzwasservorbehandlungsanlage. Sie dürfen nicht entgegen den jeweils in Betracht kommenden allgemein anerkannten Regeln der Technik durch Verdünnung oder Vermischung erreicht werden; dies gilt nicht in Bezug auf den Parameter Temperatur.

8. Die einzuhaltenden Konzentrationswerte können im Einzelfall niedriger festgesetzt werden, wenn die Einhaltung der niedrigeren Werte nach dem Reinigungsvermögen einer Vorklärungs- oder Vorbehandlungsanlage ohne zusätzlichen erheblichen Aufwand möglich ist. Der Grenzwert für die Temperatur ist niedriger festzusetzen, soweit das für den ordnungsgemäßen Betrieb von Abscheidern erforderlich ist. Beim pH-Wert kann im Einzelfall die obere Begrenzung (Alkalität) höher festgelegt werden, wenn danach eine wirksamere Vorbehandlung des Schmutzwassers erreicht wird.
9. Bei den in dieser Satzung bezeichneten Stoffen sollen in der Erlaubnis Frachtbegrenzungen festgelegt werden, wenn dies zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Schmutzwasserbeseitigung erforderlich ist. Niedrigere als die aufgeführten Einleitwerte und Frachtbegrenzungen können im Einzelfall festgesetzt und die Einhaltung der geringeren Einleitwerte kann angeordnet werden, soweit dies nach den Umständen des Falls geboten erscheint, um eine Gefährdung der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage oder der hier beschäftigten Personen, die Beeinträchtigung der Benutzbarkeit der Anlagen oder eine Erschwerung der Schmutzwasserbehandlung zu verhüten. Das Einleiten oder Einbringen von Stoffen, die die geringeren Einleitwerte überschreiten, fällt im Geltungsbereich der Anordnung unter das Einleitverbot nach Absatz 2.
10. Es ist unzulässig, entgegen den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik Schmutzwasser zu verdünnen oder zu vermischen, um Grenzwerte oder Höchstkonzentrationen zu umgehen oder zu erreichen. Dies gilt nicht für den Parameter Temperatur.
11. Der WAZ Seelow entscheidet über die Art der Probenahme, Stichprobe, qualifizierte Stichprobe oder Langzeit-Mischprobe sowie die Häufigkeit und den Umfang der Untersuchungen.
12. Ist ein produktionsspezifischer Frachtwert festgelegt, bezieht sich dieser auf die der Einleitungsgenehmigung zugrunde liegende Produktionskapazität.
13. Ein Grenzwert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der Überwachung durchgeführten Überprüfungen in vier Fällen diesen Wert nicht überschreiten und kein Ergebnis diesen Wert um mehr als 100 vom Hundert übersteigt, bei der Temperatur 38° C nicht überschritten und beim pH-Wert der Bereich 6,0 bis 12,0 eingehalten wird. Überprüfungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt. In der Langzeit-Mischprobe gilt dabei der verminderte Grenzwert nach Abs. 6. Die Sätze 1-3 gelten entsprechend, wenn die Einleitungswerte im Bedarfsfall festgesetzt werden oder abweichend von den in den Abs. 6 und 7 vorgesehenen Regelungen Grenzwerte festgesetzt werden.
14. Ist damit zu rechnen, dass das anfallende Schmutzwasser nicht den Anforderungen der vorstehenden Regelungen entspricht, sind geeignete Vorbehandlungsanlagen zu erstellen und geeignete Rückhaltungsmaßnahmen zu ergreifen. Der WAZ Seelow kann Maßnahmen zur Rückhaltung des Schmutzwassers oder von Schmutzwasserteilströmen verlangen, wenn die Vorbehandlung zeitweise unzureichend erfolgt.
15. Werden von dem Grundstück Stoffe oder Schmutzwasser im Sinne der Abs. 1 bis 9 unzulässigerweise in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage eingeleitet, ist der WAZ Seelow berechtigt, auf Kosten des Grundstückseigentümers die dadurch entstehenden Schäden zu beseitigen, Untersuchungen und Messungen des Schmutzwassers vorzunehmen und selbsttätige Messgeräte mit den dafür erforderlichen Kontrollschächten einbauen zu lassen. Die Beschäftigten und die mit Berechtigungsausweisen versehenen Beauftragten des WAZ Seelow sind berechtigt, dafür das Grundstück zu betreten. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten

haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden und ungehindert Zutritt zu allen Anlagenteilen sowie allen Schmutzwasseranfallstellen auf dem Grundstück zu gewähren. Entstehen dem WAZ Seelow durch die Einleitung nach Satz 1 Mehrkosten gegenüber Dritten, so ist er berechtigt, auch diese Kosten gegenüber dem Eigentümer des Grundstücks, von dem die Einleitung erfolgt, im Wege des Kostenersatzes geltend zu machen. Der WAZ Seelow kann jederzeit die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Einleiten oder Einbringen von Schmutzwasser oder von Stoffen zu verhindern, die die Festlegungen der Abs. 1 bis 9 verletzen.

16. Spezielle Benutzungsbedingungen können gegenüber einzelnen Grundstückseigentümern im Rahmen von Sondervereinbarungen festgelegt werden.
17. Im Übrigen gelten für die Benutzung der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage die Einleitbedingungen der Abwasserbeseitigungssatzung entsprechend.

§ 7

Grundstücksentwässerungsanlagen

1. Jedes Grundstück, das gemäß dieser Satzung der öffentlichen Schmutzwasser- und Fäkal-schlamm Entsorgung durch den WAZ Seelow unterliegt, ist vom Grundstückseigentümer mit einer Grundstücksentwässerungsanlage zu versehen. Der WAZ Seelow kann auf schriftlichen Antrag Ausnahmen für zwei oder mehrere Grundstücke mit einer gemeinsamen Grundstücksentwässerungsanlage zulassen. Die Grundstücksentwässerungsanlage muss nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere DIN 1986 Teil 100, und den besonderen Forderungen des Bau- und Wasserrechts hergestellt, betrieben, unterhalten und beseitigt werden. Ihr Zustand muss ein sicheres und gefahrloses Entsorgen gewährleisten.
2. Neu zu errichtende Grundstücksentwässerungsanlagen sind im Rahmen und nach Maßgabe des brandenburgischen Bauordnungsrechts von den zuständigen Behörden genehmigungspflichtig.
3. Abflusslose Sammelgruben müssen ein Mindestfassungsvolumen von 6 m³ aufweisen. Bereits bestehende abflusslose Sammelgruben sind auf Aufforderung des WAZ Seelow anzupassen.
4. Die Grundstücksentwässerungsanlage ist auf dem Grundstück so anzuordnen und zu erstellen, dass die Abfuhr des Schmutzwassers durch die vom WAZ Seelow zugelassenen Entsorgungsfahrzeuge sicher und gefahrlos möglich ist. Die Anlage muss frei zugänglich und über eine verkehrssichere Zuwegung für die Entsorgungsfahrzeuge erreichbar sein. Ihre Abdeckung muss dauerhaft, verkehrssicher und so beschaffen sein, dass sie durch eine Person geöffnet werden kann. Der Ansauganschluss der Grundstücksentwässerungsanlage ist bis zur Grundstücksgrenze (Straßenseite) zu führen.
5. Die Grundstückseigentümer haben für eine ungehinderte Zufahrt zur Grundstücksentwässerungsanlage zu sorgen. Die Voraussetzung für die Erreichbarkeit und Befahrbarkeit der Grundstücke bzw. der Parzellen mit einem Entsorgungsfahrzeug ist, dass die Zufahrt eine Belastbarkeit von 18 t gewährleistet, eine lichte Breite von mindestens 3 m und eine lichte Höhe von mindestens 4 m aufweist. An dem Stellplatz für das Entsorgungsfahrzeug (von dem aus die Verbindung der Grundstücksentwässerungsanlage oder des Absaugstutzens der Grundstücksentwässerungsanlage mit dem Entsorgungsfahrzeug erfolgt) muss die lichte Breite mindestens 3,80 m betragen. Außerdem muss über der lichten Breite ein Lichtraumprofil mit einer Höhe von mindestens 3,50 m vorhanden sein. An Straßen und Wegkreuzungen muss für die Anfahrt ein Mindestradius von 4,50 m vorhanden sein. Bei geringeren Zufahrtsbreiten, Zufahrtshöhen, Mindestradien sowie bei Zufahrten bzw. Grundstücken, die nach der Beschaffenheit nicht für Fäkalienfahrzeuge geeignet sind, erfolgt die Entsorgung über Schlauchverbindungen zwischen der Grundstücksentwässerungsanlage und dem nächstmöglichen Standort des Fäkalienfahrzeuges.

6. Alle Bestandteile der Grundstücksentwässerungsanlage sind nach ihrer Errichtung vom Grundstückseigentümer auf eigene Kosten nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (insbesondere DIN EN 1986 Teil 30) durch einen zugelassenen Sachkundigen auf Dichtheit überprüfen zu lassen. Über das Ergebnis der Dichtheitsprüfung ist durch den Sachkundigen eine Bescheinigung auszustellen, die dem WAZ Seelow bis zur Abnahme vorzulegen ist. Die Dichtheitsprüfung ist, soweit sich die Grundstücksentwässerungsanlagen auf Grundstücken in Wasserschutzgebieten der Schutzzonen II, III oder III A befinden oder wenn sie der Ableitung gewerblichen bzw. industriellen Schmutzwassers dienen, in Abständen von höchstens 5 Jahren zu wiederholen. Andernfalls ist die Dichtheitsprüfung in Abständen von höchstens 20 Jahren zu wiederholen. Die Bescheinigung über das Ergebnis der Prüfung ist von den Grundstückseigentümern aufzubewahren und dem WAZ Seelow auf Verlangen unverzüglich vorzulegen.
7. Entsprechen vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen nicht oder nicht mehr den Anforderungen nach Abs. 2 bis 4, so haben die Grundstückseigentümer die vorhandenen Grundstücksentwässerungsanlagen unverzüglich auf eigene Kosten entsprechend anzupassen. Für den Umfang der Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen ist der Zeitpunkt der Erstellung der öffentlichen zentralen Schmutzwasseranlage angemessen zu berücksichtigen. Auf Verlangen des WAZ Seelow haben die Grundstückseigentümer die Erfüllung dieser Bestimmungen nachzuweisen und festgestellte Mängel innerhalb einer vom WAZ Seelow festzusetzenden angemessenen Frist auf eigene Kosten zu beseitigen. Die Beseitigung der Mängel ist dem WAZ Seelow zur Nachprüfung schriftlich anzuzeigen. Im Übrigen haben bereits bestehende, nach jeweils gültigem Bau- und Wasserrecht errichtete Grundstücksentwässerungsanlagen im Sinne des Baurechts Bestandsschutz. Der Bestandsschutz erstreckt sich nicht auf bauliche oder sonstige erforderliche Maßnahmen, die im Sinne der Gefahrenabwehr unbedingt erforderlich sind oder sich aus Änderungen des Abwasserbeseitigungskonzeptes des WAZ Seelow ergeben.
8. Die Grundstückseigentümer haben dem WAZ Seelow die Herstellung und Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage sowie die Ausführung größerer Unterhaltungsarbeiten zwei Wochen vor Beginn der Maßnahme schriftlich anzuzeigen. Besteht eine Genehmigungspflicht für die Grundstücksentwässerungsanlage, sind dem WAZ Seelow die genehmigten Bauunterlagen einzureichen, bevor die Grundstücksentwässerungsanlage hergestellt oder geändert wird. Der WAZ Seelow ist berechtigt, die Arbeiten zu überprüfen.
9. Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach ihrer Abnahme durch den WAZ Seelow in Betrieb genommen werden. Bis zur Abnahme dürfen Rohrgräben nur mit vorheriger Zustimmung des WAZ Seelow verfüllt werden; dies gilt nicht, wenn die Herstellung durch eine vom WAZ Seelow zugelassene Installationsfirma vorgenommen wird. Die Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage erfolgt unverzüglich nach schriftlicher Anzeige der Fertigstellung, wenn die Grundstücksentwässerungsanlage satzungsgemäß ist. Über das positive Abnahmergebnis wird ein Abnahmeschein ausgefertigt, der die Inbetriebnahme der Anlage erlaubt. Die Abnahme befreit den Grundstückseigentümer nicht von seiner Haftung für den ordnungsgemäßen Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage. Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese innerhalb einer vom WAZ Seelow festzusetzenden angemessenen Frist zu beseitigen. Die Beseitigung der Mängel ist dem WAZ Seelow zur Nachprüfung schriftlich anzuzeigen.

Die Grundstücksentwässerungsanlage ist stets in einem einwandfreien und betriebsfähigen Zustand zu erhalten. Werden Mängel festgestellt, so kann der WAZ Seelow fordern, dass die Grundstücksentwässerungsanlage auf Kosten der Grundstückseigentümer in den vorschriftsmäßigen Zustand gebracht wird.

§ 8

Prüfungs- und Überwachungsrecht der Grundstücksentwässerungsanlagen

1. Den Beschäftigten oder Beauftragten des WAZ Seelow ist zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage und bei Verdacht der Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit sowie einer Gefährdung der Durchführung der Pflicht zur schadlosen Abwasserbeseitigung nach Anmeldung oder im Rahmen von Gefahrenabwehr sofort und ungehindert Zutritt zu der Grundstücksentwässerungsanlage, den Vorbehandlungsanlagen und zu den Schmutzwasseranfallstellen zu gewähren.
2. Die Beschäftigten oder Beauftragten des WAZ Seelow sind berechtigt, notwendige Maßnahmen vorzunehmen, anzuordnen oder durchführen zu lassen, insbesondere Messungen durchzuführen, das eingeleitete oder einzuleitende Schmutzwasser und den Fäkalschlamm zu überprüfen und Proben zu entnehmen. Werden bei Stichproben Verstöße gegen die Einleitungsbedingungen (§ 6) festgestellt, so trägt der Grundstückseigentümer die Kosten für die Überprüfungen. Für deren Erhebung gilt die Verwaltungskostensatzung (VKS) des WAZ Seelow.
3. Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage müssen jederzeit zugänglich sein.
4. Der WAZ Seelow kann verlangen, dass die vom Grundstückseigentümer zu unterhaltenden Anlagen in einen Zustand gebracht werden, der erhebliche Störungen und Beeinträchtigungen der Schmutzwasser- oder Fäkalschlamm Entsorgung ausschließt.
5. Die Grundstückseigentümer haben Schäden an der Grundstücksentwässerungsanlage, an einer Überwachungseinrichtung und an einer etwaigen Vorbehandlungsanlage unverzüglich dem WAZ Seelow anzuzeigen. Nach anderen Vorschriften bestehende Bau-, Betriebs- und Sorgfaltspflichten des Grundstückseigentümers bleiben unberührt.
6. Die Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage durch den WAZ Seelow oder seine Beauftragten befreit den Grundstückseigentümer, den Bauherrn, den ausführenden Unternehmer und den Planer nicht von der Verantwortung für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Planung und Ausführung der Anlage. Eine Garantie- oder Haftungserklärung des WAZ Seelow ist mit der Prüfung nicht verbunden.
7. Bei begründeten Zweifeln an der Funktionsfähigkeit oder Dichtheit der Grundstücksentwässerungsanlage ist der WAZ Seelow berechtigt, eine Dichtheitsprüfung bereits vor Ablauf der in § 7 Abs. 6 genannten Fristen zu fordern. Der WAZ Seelow setzt dem Grundstückseigentümer zu deren Durchführung eine angemessene Frist. Wird bei dieser Überprüfung die Dichtheit der Grundstücksentwässerungsanlage nachgewiesen, so trägt der WAZ Seelow die Kosten der Überprüfung, andernfalls verbleibt es bei der Kostentragungspflicht des Grundstückseigentümers.
8. Die Grundstückseigentümer sind verpflichtet, alle zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen geforderten Auskünfte zu erteilen sowie verfügbare Unterlagen dem WAZ Seelow kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Entsorgungsnachweise sind durch den Grundstückseigentümer 5 Jahre aufzubewahren und dem WAZ Seelow auf Verlangen unverzüglich vorzulegen. Kommt ein Grundstückseigentümer diesen Pflichten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nach, ist der WAZ Seelow berechtigt, die erforderlichen Auskünfte und Unterlagen auf Kosten des Grundstückseigentümers einzuholen und zu beschaffen.
9. Das Zutrittsrecht und die Auskunftspflicht gelten auch für den Fall, dass das Bestehen einer satzungsgemäßen Schmutzwasser- oder Fäkalschlamm Entsorgung auf dem Grundstück zweifelhaft ist.

§ 9

Stilllegung der Grundstücksentwässerungsanlagen

Sobald ein Grundstück an die öffentliche zentrale Schmutzwasseranlage angeschlossen ist, hat der Grundstückseigentümer die abflusslose Sammelgrube oder die Kleinkläranlage unverzüglich auf seine Kosten schadlos außer Betrieb zu setzen und so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung von Schmutzwasser oder Fäkalschlamm nicht mehr benutzt werden kann.

§ 10

Betrieb der Vorbehandlungsanlagen

1. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, seine Grundstücksentwässerungsanlage mit einer Schmutzwasservorbehandlungsanlage auszustatten, wenn die Bedingungen für die Einleitung des vom Grundstück in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage abfließenden Schmutzwassers (§ 6) nicht eingehalten werden.
2. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die Vorbehandlungsanlage so zu betreiben, zu überwachen und zu unterhalten, dass die Schädlichkeit des Schmutzwassers unter Beachtung und Anwendung der allgemein anerkannten Regeln der Schmutzwassertechnik so gering wie möglich gehalten wird. Fallen wassergefährdende Stoffe an, ist die vorhandene Vorbehandlungsanlage dem Stand der Technik anzupassen. Anlagen mit unzulänglicher Vorbehandlungsleistung sind unverzüglich zu ändern.
3. Die Einleitungswerte gemäß § 6 gelten für das behandelte Schmutzwasser, wie es aus den Vorbehandlungsanlagen ohne nachträgliche Verdünnung in die Grundstücksentwässerungsanlage abfließt. Es sind Probeentnahmemöglichkeiten und erforderlichenfalls Probeentnahmeschächte einzubauen.
4. Die in Vorbehandlungsanlagen anfallenden Leichtstoffe, Feststoffe oder Schlämme sind rechtzeitig und regelmäßig zu entnehmen. Die Vorbehandlungsanlagen sind so anzulegen, dass das Entsorgungsfahrzeug ungehindert anfahren und die Vorbehandlungsanlage ohne weiteres entleert werden kann.
5. Die Betreiber solcher Anlagen haben durch Eigenkontrollen (DIN 1999-100) zu gewährleisten, dass die Einleitungswerte gemäß § 6 für vorbehandeltes Schmutzwasser eingehalten werden und die in dieser Satzung von der Einleitung ausgenommenen Stoffe nicht in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage gelangen. Über die Eigenkontrolle ist ein Betriebstagebuch zu führen, das dem WAZ Seelow auf Verlangen vorzulegen ist.
6. Der WAZ Seelow kann verlangen, dass durch den Grundstückseigentümer eine Person bestimmt und dem WAZ Seelow schriftlich benannt wird, die für die Bedienung der Vorbehandlungsanlagen und die Führung des Betriebstagebuches verantwortlich ist.

§ 11

Abscheider für Öle, Fette und Leichtflüssigkeiten

1. Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Öle, Fette und Leichtflüssigkeiten, insbesondere Benzin und Benzol gelagert, hergestellt, behandelt oder verwendet werden oder in sonstiger Weise anfallen oder auf denen sich Garagen, mehrgeschossige Stellplätze oder Waschplätze für Kraftfahrzeuge befinden, die mit Abläufen versehen sind, haben Vorrichtungen zur Rückhaltung dieser Stoffe aus dem Schmutzwasser (Abscheider) zu schaffen. Dabei sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik einzuhalten, insbesondere DIN 1999 Teil 100, DIN EN 858 Teil 1 und 2, DIN 4040 Teil 100, DIN EN 1825 Teil 1 und 2 und DIN 4043 in der jeweils geltenden Fassung. Das direkte Einleiten dieser Stoffe in den Schlammfang und Abscheider oder sonst in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage ist nicht zulässig. Das

Einleitverbot gilt auch dann, wenn Schmutzwasser nach Behandlung durch den Abscheider die Einleitbedingungen nach § 6, insbesondere bzgl. der Fette, Öle und Leichtflüssigkeiten nicht einhält.

2. Die Einhaltung der in dieser Satzung geregelten Bedingungen für die Schmutzwassereinleitung in die Grundstücksentwässerungsanlage und in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage sowie der im Übrigen einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen mit den allgemein anerkannten Regeln der Technik ist im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten Stoffe durch den Grundstückseigentümer jederzeit sicherzustellen.

Genügt das auf dem Grundstück anfallende und mit diesen Stoffen verunreinigte Schmutzwasser den Anforderungen nach Absatz 1, insbesondere hinsichtlich der Parameter Temperatur, Zusammensetzung und Verdünnungsgrad nicht, ist seine Einleitung in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage weiterhin verboten. Der WAZ Seelow ist berechtigt, auf Kosten der Grundstückseigentümer die durch eine solche unzulässige Einleitung entstehenden Schäden zu beseitigen sowie Untersuchungen und Messungen vorzunehmen. Der WAZ Seelow kann jederzeit die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Einleiten oder Einbringen von Schmutzwasser oder Stoffen nach Absatz 1, die den in dieser Satzung geregelten Einleitbedingungen und den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen, zu verhindern.

Die dem WAZ Seelow für die Verhinderung der Einleitung entstehenden Kosten, einschließlich der für die Benutzung von Anlagen Dritter angefallenen Aufwendungen, sind im Wege des Kostenersatzes von den Grundstückseigentümern zu tragen; die eigenen Leistungen des WAZ Seelow werden nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung (VKS) des WAZ Seelow abgerechnet.

3. Sind Anlagen der in Abs. 1 genannten Art nicht mit Abläufen versehen oder liegen sie im Einzugsbereich von Abläufen, die nicht durch Abscheider gesichert sind, müssen sie durch Wände oder Schwellen von mindestens 3 cm Höhe an den Begrenzungen der Anlagen gesichert sein. Wasserzapfstellen dürfen sich in diesen Fällen nicht innerhalb der Anlagen befinden.
4. Die Reinigung und Entleerung der Abscheider haben die Grundstückseigentümer entsprechend der in der Abfallentsorgungssatzung des zuständigen Abfallbeseitigungspflichtigen getroffenen Regelungen und nach dem allgemein anerkannten Regeln der Technik auf eigene Kosten durchführen zu lassen.
5. Störungen an Abscheidern, die sich auf die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage auswirken können, sind von den Grundstückseigentümern unverzüglich auf eigene Kosten zu beseitigen. Sie haben jeweils die Störung und ihre Beseitigung unverzüglich dem WAZ Seelow anzuzeigen und insbesondere mitzuteilen, welche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung eingeleitet wurden. Die Anzeigepflichtigen haben jeden Schaden, der dem WAZ Seelow durch eine Störung an einem solchen Abscheider entsteht, im Wege des Kostenersatzes zu erstatten; die eigenen Leistungen des WAZ Seelow werden nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung (VKS) des WAZ Seelow abgerechnet.
6. Die in dieser Satzung aufgestellten Parameter sind bei der Einleitung in den Abscheider einzuhalten.

§ 12 Entsorgungsmodalitäten

1. Die Entleerung der abflusslosen Sammelgruben ist durch die Grundstückseigentümer nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich vornehmen zu lassen. Bei Kleinkläranlagen erfolgt die Entsorgung nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, soweit nicht der Grundstückseigentümer nachweist, dass nach den einschlägigen technischen Normen eine weniger

häufige Entsorgung technisch und rechtlich zulässig und ausreichend ist. Erfolgt in einem Kalenderjahr keine Entsorgung der Kleinkläranlage, so ist der in diesem Jahr erstellte Wartungsbericht mit der festgestellten Höhe des Schlammspiegels dem WAZ Seelow innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres vorzulegen.

2. Die Entsorgung hat ausschließlich durch die vom WAZ Seelow zugelassenen Entsorgungsunternehmen zu erfolgen. Ein nicht vom WAZ Seelow für die Entsorgung zugelassenes Entsorgungsunternehmen darf im Verbandsgebiet nicht tätig werden. Wird einem zugelassenen Entsorgungsunternehmen die behördliche Erlaubnis für seine Entsorgungstätigkeit durch das Landesamt für Umwelt entzogen, darf das Unternehmen unabhängig von der Zulassung durch den WAZ Seelow nicht mehr im Verbandsgebiet tätig werden.
3. Der Grundstückseigentümer hat die Notwendigkeit der Entsorgung rechtzeitig, in der Regel 5 Werktage (der Sonnabend gilt nicht als Werktag) vorher, dem Entsorgungsunternehmen anzuzeigen; für eine abflusslose Sammelgrube hat dies spätestens dann zu erfolgen, wenn diese bis auf 0,50 m unter dem Zufluss angefüllt ist. Der WAZ Seelow oder ein von ihm Beauftragter bestimmt den genauen Zeitpunkt, die Art und Weise und den Umfang der Entsorgung. Erfolgt die notwendige Abfuhr nicht bzw. verweigert der Entsorgungsunternehmer die Ausführung des Auftrages, haben die Benutzungsberechtigten die Schmutzwassereinleitung in die Grundstücksentwässerungsanlage unverzüglich zu unterlassen bzw. zu minimieren und den WAZ Seelow unverzüglich zu unterrichten. Der Grundstückseigentümer ist für jeden Schaden selbst verantwortlich, der durch die Verzögerung oder Unterlassung der Anzeige entsteht.

Der WAZ Seelow kann Grundstücksentwässerungsanlagen entsorgen lassen, wenn besondere Umstände eine Entsorgung erfordern oder die Anzeige einer erforderlich gewordenen Entsorgung unterbleibt.

4. Mit der Entsorgungsanzeige ist dem Entsorgungsunternehmen durch den Grundstückseigentümer bekanntzugeben:
 - Name, Vorname des Auftraggebers (bei vom Entsorgungsort abweichender Adresse des Auftraggebers ist die postalische Adresse mit anzugeben),
 - Standort der Grundstücksentwässerungsanlage mit Grundstücksbezeichnung (Name, Straße, Hausnummer – Name und Hausnummer müssen ebenfalls am Eingang/an der Einfahrt zum Grundstück durch entsprechende Beschilderung erkenntlich sein),
 - Kundennummer des Grundstücks bzw. der Entsorgungsstelle beim WAZ Seelow,
 - geschätzte Abfuhrmenge,
 - gewünschter Entsorgungstermin,
 - Angaben zu den Zufahrtsbedingungen zur Grundstücksabwasseranlage einschließlich des Abstands der Entleerungsöffnung zur öffentlichen Zuwegung.

Bei nicht mit Namen und Hausnummer gekennzeichneten Grundstücken kann der WAZ Seelow bzw. das von ihm beauftragte Entsorgungsunternehmen verlangen, dass der Grundstückseigentümer einen Lageplan des Grundstückes vor Entsorgungsausführung übergibt.

5. Die Entsorgung erfolgt montags bis freitags (außer wochenend- und feiertags) in der Zeit von 7:00 bis 15:30 Uhr. Der WAZ Seelow bzw. das von ihm beauftragte Entsorgungsunternehmen kann Ausnahmen zulassen.
6. Möchte der Grundstückseigentümer die von ihm angezeigte Abfuhr nicht mehr durchführen lassen, so muss er dies dem beauftragten Entsorgungsunternehmen unverzüglich, spätestens 48 Stunden vor dem geplanten Entsorgungstermin mitteilen.
7. Zum Entsorgungstermin haben die Grundstückseigentümer die Grundstücksentwässerungsanlage freizuhalten und die ungehinderte Zufahrt zu gewährleisten sowie das Betreten und Befahren ihres Grundstücks zum Zwecke der Entsorgung bis zur Absaugstelle zu ermöglichen. Die Zufahrt muss gefahrlos befahrbar sein. Dazu gehören auch die erforderliche Schnee- und

Eisbeseitigung sowie das Abstumpfen der für die Entsorgung benötigten Bereiche bei überfrügender Nässe oder Glätte. Durch die Grundstückseigentümer sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der WAZ Seelow bzw. das beauftragte Entsorgungsunternehmen ungehindert die Grundstücksentwässerungsanlage öffnen kann. Liegt das zu entsorgende Grundstück an einer Privatstraße an, richten sich die vorgenannten Bestimmungen auch an Grundstückseigentümer des an dieser Straße anliegenden Grundstücks und erstrecken sich auch auf die Privatstraße.

8. Der Inhalt der Grundstücksentwässerungsanlagen geht mit der Aufnahme in das Entsorgungsfahrzeug in das Eigentum des WAZ Seelow über. Der WAZ Seelow ist nicht verpflichtet, in diesen Stoffen nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden darin Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.
9. Die Grundstücksentwässerungsanlage ist nach der Entleerung unter Beachtung der Betriebsanleitung, der DIN-Vorschriften und der wasserrechtlichen Erlaubnis durch die Benutzungsberechtigten wieder in Betrieb zu nehmen.

§ 13

Maßnahmen an der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage

Einrichtungen der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage dürfen nur von Beauftragten oder mit vorheriger Zustimmung des WAZ Seelow betreten werden. Jegliche Eingriffe an der oder in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage sind unzulässig.

§ 14

Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben

1. Der WAZ Seelow erhebt nach den Bestimmungen dieser Satzung Benutzungsgebühren als Gegenleistung für die Inanspruchnahme und zur teilweisen Deckung der Vorhaltekosten der öffentlichen Einrichtung zur dezentralen Schmutzwasserentsorgung von den Grundstückseigentümern, deren Grundstücke an die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage angeschlossen sind oder die in diese entwässern. Die Benutzungsgebühren werden für die mobile Entsorgung der abflusslosen Sammelgruben und für die mobile Entsorgung der Kleinkläranlagen jeweils gesondert erhoben.
2. Die Gebühr für die Entsorgung von Schmutzwasser aus abflusslosen Sammelgruben wird nach der Schmutzwassermenge bemessen, die den öffentlichen Einrichtungen zur dezentralen Schmutzwasserentsorgung von dem angeschlossenen Grundstück zugeführt wird. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 m³ Schmutzwasser.
3. Als der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage zugeführte Schmutzwassermenge gilt:
 - a) die dem Grundstück aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage zugeführte und durch geeichten Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
 - b) die dem Grundstück aus privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch geeichten Wasserzähler nachgewiesene Wassermenge,
 - c) die auf dem Grundstück gewonnene und die dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge.

Übersteigt die entsorgte Schmutzwassermenge, zum Beispiel in Folge von Fremdwassereinleitungen, die nach Satz 1 ermittelte Wassermenge, ist die zusätzlich entsorgte Menge ebenfalls gebührenpflichtig. Gelangt Wasser in anderen als den in Satz 1 genannten Fällen

(Fremdwasser) in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage, so wird zusätzlich auch diese Wassermenge zugrunde gelegt. Diese Menge ist unter angemessener Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse zu schätzen.

4. Die Wassermengen nach Abs. 3 lit. a) hat der Grundstückseigentümer dem WAZ Seelow innerhalb eines Monats nach Ablauf des für die Veranlagung maßgeblichen Abrechnungszeitraums (Kalenderjahr) oder nach Aufforderung des WAZ Seelow schriftlich mitzuteilen, sofern der WAZ Seelow die Ablesung der Messeinrichtungen nicht selbst vornimmt.

Die Wassermengen nach Abs. 3 lit. b) und c) hat der Grundstückseigentümer dem WAZ Seelow innerhalb eines Monats nach Ablauf des für die Veranlagung maßgeblichen Abrechnungszeitraums (Kalenderjahr) schriftlich mitzuteilen. Die Wassermengen sind durch geeichte, durch ein in das Installateurverzeichnis des WAZ Seelow eingetragenes oder von diesem hierfür zugelassenes Installationsunternehmen eingebaute Wasserzähler nachzuweisen, die der Grundstückseigentümer auf seine Kosten anzuschaffen, einbauen zu lassen und zu unterhalten hat. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen und vom WAZ Seelow oder vom beauftragten Installationsunternehmen verplombt werden.

5. Die Wassermenge kann vom WAZ Seelow geschätzt werden, wenn
 - a) ein geeichter Wasserzähler nicht vorhanden ist,
 - b) der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht möglich ist oder der Gebührenpflichtige seiner Verpflichtung zur Selbstablesung nicht nachkommt oder Ableseergebnisse nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig mitteilt,
 - c) sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Messeinrichtung nicht den wirklichen Verbrauch angibt; konkrete Anhaltspunkte liegen insbesondere dann vor, wenn die anhand der Entsorgungsnachweise des beauftragten Entsorgungsunternehmens ermittelte, tatsächlich abgefahrene Menge, die gemäß Abs. 3 lit. a) und lit. b) zugeführte Wassermenge und die auf dem Grundstück gemäß Abs. 3 lit. c) gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge übersteigt,
 - d) der Gebührenpflichtige Einleitungen in die öffentliche Anlage (etwa aus nicht angemeldeten Eigenversorgungsanlagen) vorgenommen hat, ohne die Benutzung der öffentlichen Anlage dem WAZ Seelow anzuzeigen,
 - e) die Messeinrichtung nicht, nicht richtig oder überhaupt nicht anzeigt.
6. Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage gelangt sind, können auf Antrag abgesetzt werden, soweit der Abzug nicht nach Satz 4 ausgeschlossen ist. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Ablauf des für die Veranlagung maßgeblichen Abrechnungszeitraums schriftlich beim WAZ Seelow einzureichen. Im Falle eines Leitungsschadens erfolgt eine beantragte Absetzung nur dann, wenn der Schaden vom Gebührenpflichtigen innerhalb eines Monats nach Schadenseintritt dem WAZ Seelow schriftlich angezeigt worden ist. Vom Abzug nach Satz 1 sind ausgeschlossen:
 - a) das hauswirtschaftlich genutzte Wasser,
 - b) das zur Speisung von Heizanlagen verbrauchte Wasser,
 - c) das zur Bewässerung von Gartenflächen verwendete Wasser, sofern nicht durch den Gebührenpflichtigen der Nachweis geführt wird, dass die abzusetzende Wassermenge zweifelsfrei zu diesem Zweck verwendet wurde.

Der Nachweis der abzusetzenden Wassermenge obliegt dem Gebührenpflichtigen und ist durch einen geeichten Wasserzähler zu erbringen, den der Gebührenpflichtige auf seine

Kosten durch ein in das Installateurverzeichnis des WAZ Seelow eingetragenes Installationsunternehmen einbauen sowie verplomben zu lassen hat. Einbau und Verplombung eines solchen Wasserzählers können nach entsprechender Antragstellung, soweit möglich, auch vom WAZ Seelow ausgeführt werden. Die für Einbau und Verplombung des Wasserzählers durch den WAZ Seelow entstehenden Kosten trägt der Gebührenpflichtige nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung (VKS) des WAZ Seelow.

Soweit bei Gewerbe- und Industriebetrieben aus technologischen Gründen ein Nachweis zurückgehaltener Wassermengen nicht möglich ist, kann der WAZ Seelow im Rahmen der Schätzung für einen Abzug auch sonstige Unterlagen oder allgemeine Erfahrungswerte heranziehen.

7. Der Gebührensatz für das Einsammeln, die Abfuhr, die Behandlung und die Beseitigung des Schmutzwassers aus abflusslosen Sammelgruben beträgt 10,51 €/m³.
8. Wird Niederschlagswasser, Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser oder sonstiges Wasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage eingeleitet, so wird, auch wenn keine Mengenmessenrichtung vorhanden ist, für die Entsorgung dieser Einleitung ebenfalls die Gebühr nach Abs. 7 erhoben.

Der WAZ Seelow schätzt die eingeleitete Menge an Niederschlagswasser unter Zugrundelegung der auf dem Grundstück versiegelten Fläche, von der das Niederschlagswasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage gelangt, und der im Erhebungszeitraum für das Verbandsgebiet statistisch ermittelten durchschnittlichen Niederschlagsmenge; ansonsten gilt die für das Land Brandenburg ermittelte durchschnittliche Niederschlagsmenge. Im Übrigen schätzt der WAZ Seelow die eingeleitete Menge unter angemessener Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse.

9. Sofern einzelne Gebührenpflichtige unzulässige Schadstoffeinleitungen vornehmen und sich dadurch die vom WAZ Seelow zu zahlende Abwasserabgabe erhöht (Erhöhung der Zahl der Schadeinheiten, Verlust der Abgabermäßigung), haben die Gebührenpflichtigen den hierdurch verursachten Erhöhungsbetrag gesondert zu tragen. Dieser wird mit einem gesonderten Gebührenbescheid angefordert. Die verursachenden Gebührenpflichtigen haben darüber hinaus den weiteren dem WAZ Seelow entstehenden Schaden im Wege des Kostenersatzes zu ersetzen.

§ 15 Gebühreuzuschläge

1. Bei Grundstücken, von denen aufgrund gewerblicher oder industrieller Nutzung überdurchschnittlich stark verschmutztes Schmutzwasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage eingeleitet wird, wird zum Gebührensatz nach § 14 Abs. 7 ein Zuschlag erhoben (Z_1). Voraussetzung für die Festsetzung des Zuschlags ist, dass
 - a) das eingeleitete Schmutzwasser einen biologischen Sauerstoffbedarf in fünf Tagen (BSB_5) von über 500 mg/l oder einen chemischen Sauerstoffbedarf (CSB) von über 1.000 mg/l aufweist und
 - b) die jährliche Einleitungsmenge an Schmutzwasser mindestens 3.000 m³ beträgt.

Der Zuschlag (Z_1) in EUR pro m³ errechnet sich nach folgender Formel:

$$Z_1 = \text{Schmutzwassergebühr} \times \left(0,5 \times \frac{\text{gemessene } BSB_5 - 500}{500} + 0,5 \times \frac{\text{gemessene } CSB - 100}{1000} \right) \times V$$

Dabei gibt V den Faktor des Anteils der verschmutzungsabhängigen Kosten an den Kosten der Schmutzwasserbeseitigung wieder. Er beträgt 0,3. Ist einer der beiden Summanden im Klammerausdruck der Formel negativ, so wird er bei der Berechnung des Zuschlags nicht berücksichtigt. Der so errechnete Zuschlag wird auf volle Cent abgerundet.

Die zur Feststellung des Vorliegens einer Überschreitung und des Grades der Überschreitung notwendigen Untersuchungen sind nach den Deutschen Einheitsverfahren zur Wasser-, Abwasser- und Schlammuntersuchung in der jeweils gültigen Fassung oder den entsprechenden DIN-Normen des Fachnormenausschusses Wasserwesen im Deutschen Institut für Normung e.V. Berlin auszuführen.

Macht der Gebührenpflichtige geltend, dass sich durch Veränderungen an der Entwässerungseinrichtung oder durch Umstellungen in der Produktion die BSB5- oder CSB-Konzentrationen im Schmutzwasser geändert haben, so stellt der WAZ Seelow auf Antrag und auf Kosten des Gebührenpflichtigen diese Konzentrationen erneut fest. Das Ergebnis dieser Überprüfung wird der Berechnung der Gebührenschuld ab dem Zeitpunkt der Überprüfung zugrunde gelegt.

2. Liegt eine Saugleitung mit Anschlussstutzen zum Entleeren der abflusslosen Sammelgrube nicht direkt an der Grundstücksgrenze an und müssen deshalb Schläuche für die Entleerung ausgelegt werden, ist zu der Gebühr nach § 14 Abs. 7 zusätzlich eine Gebühr von 0,90 € je angefangenem Meter Schlauchlänge zu zahlen. Berechnungsgrundlage ist die notwendige Schlauchlänge zwischen der Grundstücksgrenze und der Sammelgrube, zzgl. deren Tiefe.
3. Beträgt die Abfuhrmenge einer Sammelgrube bei der Entsorgung weniger als 6 m³, so ist für den Mehraufwand ein Zuschlag in Höhe von 6,00 € je Abfuhr zu zahlen.
4. Soweit im konkreten Einzelfall die Voraussetzungen mehrerer Zuschläge nach Abs. 1 bis 3 zugleich vorliegen, werden diese Zuschläge nebeneinander erhoben.

§ 16

Gebührenmaßstab und Gebührensatz für die Schlamm Entsorgung aus Kleinkläranlagen

1. Die Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen wird nach der Menge des Fäkalschlammes bemessen, die der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage von dem angeschlossenen Grundstück zugeführt wird.
2. Als in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage gelangte Menge an Fäkalschlamm gilt die tatsächlich abgefahrene und durch die Entsorgungsnachweise des beauftragten Entsorgungsunternehmens ermittelte Abfuhrmenge des der Kleinkläranlage entnommenen Fäkalschlammes. Berechnungseinheit für die Benutzungsgebühren ist 1 m³ Fäkalschlamm; angefangene Kubikmeter werden ab 0,5 m³ aufgerundet.
3. Der Gebührensatz für das Einsammeln, die Abfuhr, die Behandlung und die Beseitigung von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen beträgt 75,00 €/m³.
4. § 15 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 17

Gebührenpflichtiger

1. Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Inanspruchnahme der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage Eigentümer des Grundstücks ist, von dem die Entleerung der Grundstücksentwässerungsanlage und die Abfuhr des Schmutzwassers oder Fäkalschlammes erfolgt. Im Übrigen gilt § 1 Abs. 8 Satz 1 bis 3 entsprechend.

2. Sind die nach Abs. 1 Gebührenpflichtigen nicht zu ermitteln, so ist der Verfügungs- oder Nutzungsberechtigte gebührenpflichtig. Gebührenpflichtig ist auch derjenige, der tatsächlich Schmutz-, Regen-, Fremd-, Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser oder sonstiges Wasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage einleitet.
3. Mehrere aus dem gleichen Rechtsgrund Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.
4. Bei einem Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit dem Zeitpunkt der Rechtsnachfolge auf den neuen Pflichtigen über. Die Rechtsnachfolge ist dem WAZ Seelow unverzüglich sowohl vom bisherigen als auch vom künftigen Pflichtigen schriftlich und unter Vorlage der die Rechtsnachfolge dokumentierenden Unterlagen anzuzeigen. Wenn der bisherige Gebührenpflichtige die Anzeige über den Wechsel versäumt, so haftet er für die Gebühren, die in dem Zeitraum vom Eintritt der Rechtsnachfolge bis zum Eingang der Anzeige über den Wechsel beim WAZ Seelow anfallen, neben dem neuen Pflichtigen als Gesamtschuldner.

§ 18

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

1. Die Gebührenpflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage angeschlossen ist oder der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage von dem Grundstück Schmutz- oder sonstiges Wasser zugeführt wird.
2. Die Gebührenpflicht endet, sobald das Grundstück an die öffentliche zentrale Schmutzwasseranlage nach § 1 Abs. 1 Satz 2 lit. a) angeschlossen ist und dieser von dem Grundstück sämtliches Schmutzwasser zugeführt wird oder die Zuführung von Schmutzwasser zu der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage nach § 1 Abs. 1 Satz 2 lit. b) auf Dauer endet.

§ 19

Erhebungszeitraum, Entstehung der Gebührenschuld, Festsetzung, Fälligkeit, Abschlagszahlungen

1. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr. Entsteht die Gebührenpflicht erstmals im Laufe eines Kalenderjahres, so gilt der Zeitraum von der Entstehung der Gebührenpflicht bis zum Ablauf des Kalenderjahres als Erhebungszeitraum.
2. Die Gebührenschuld entsteht nach Ablauf des Erhebungszeitraums. Endet das Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Erhebungszeitraums, entsteht die Gebührenschuld mit diesem Zeitpunkt. Bei Wechsel des Gebührenpflichtigen vor Ablauf des Erhebungszeitraums entsteht die Gebührenschuld mit diesem Zeitpunkt.
3. Die Gebühren werden nach Entstehen der Gebührenschuld durch Gebührenbescheid festgesetzt und sind einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Dasselbe gilt für Abschlusszahlungen nach Beendigung der Gebührenpflicht. Die Gebühren können zusammen mit anderen Abgaben erhoben und angefordert werden.
4. Mehrere Abrechnungszeiträume können in einem Gebührenbescheid zusammengefasst werden. In diesem Fall sind die den einzelnen Erhebungszeiträumen zugehörigen Abrechnungszeiträume im Gebührenbescheid getrennt auszuweisen.
5. Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes festzusetzende Gebühr sind Abschlagszahlungen im laufenden Jahr durch die Gebührenpflichtigen zu leisten. Die Abschlagszahlungen erfolgen dreimonatlich in Höhe von je $\frac{1}{4}$ der auf Basis der Vorjahresmenge berechneten Gebühr. Auf schriftlichen Antrag des Gebührenpflichtigen erfolgt die Abschlagszahlung monatlich in

Höhe von je 1/10 der auf Basis der Vorjahresmenge berechneten Gebühr. Die Höhe der zu leistenden Abschlagszahlungen wird vom WAZ Seelow durch Bescheid festgesetzt. Die Festsetzung kann in dem Gebührenbescheid nach Abs. 3 erfolgen.

6. Entsteht die Gebührenpflicht erstmals im Laufe eines Kalenderjahres, so wird die Schmutzwassermenge, die für die Abschlagszahlungen in Ansatz zu bringen ist, vom WAZ Seelow geschätzt und der Schätzung diejenige Schmutzwassermenge zugrunde gelegt, die der pauschalierten personenbezogenen jährlichen Durchschnittsmenge im Verbandsgebiet entspricht. Abs. 5 gilt entsprechend.
7. Die Höhe der Abschlagszahlungen kann bei Änderung des Verbrauchsverhaltens, bei Änderung der Anzahl der gemeldeten Personen oder der Aufnahme eines wasserverbrauchenden Gewerbes auf dem Grundstück sowie auf begründeten Antrag des Gebührenpflichtigen zum Zwecke der Anpassung an den tatsächlichen oder vermutlich künftigen Jahresverbrauch geändert werden.

§ 20 Verwaltungskosten

Für das Verwaltungshandeln des WAZ Seelow, insbesondere zur Erteilung von Genehmigungen und Erlaubnissen nach dieser Satzung, für die Bearbeitung von Anträgen auf Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang, zur Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs sowie zur Durchsetzung der technischen Bestimmungen und Standards nach dieser Satzung und den damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten werden Verwaltungskosten nach der Verwaltungskostensatzung des WAZ Seelow erhoben.

§ 21 Anzeige-, Auskunfts-, Unterrichts- und Duldungspflichten, Betretensrecht

1. Die Grundstückseigentümer sind verpflichtet, dem WAZ Seelow auf Verlangen die für den Vollzug dieser Satzung erforderlichen Auskünfte, insbesondere über Bestand und Zustand der haustechnischen Schmutzwasseranlagen zu erteilen. Soweit erforderliche Auskünfte nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erteilt werden, Zweifel an der Richtigkeit der übermittelten Daten bestehen oder es aus anderen Gründen zweckmäßig erscheint, ist der WAZ Seelow berechtigt, die erforderlichen Daten auch selbst zu ermitteln. Er kann hierzu auch auskunftsfähige Dritte heranziehen. Die Grundstückseigentümer und die Nutzungsberechtigten haben dies zu dulden.
2. Entfallen für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und Benutzungszwangs (§ 4), haben die Grundstückseigentümer dies dem WAZ Seelow unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
3. Gelangen gefährliche oder wassergefährdende Stoffe in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage, so ist der WAZ Seelow unverzüglich – mündlich oder fernmündlich, anschließend zudem schriftlich – zu unterrichten. Dabei hat der Pflichtige insbesondere mitzuteilen, welche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergriffen wurden. Die vorstehende Unterrichtspflicht besteht auch bei dem Verdacht, dass gefährliche oder wassergefährdende Stoffe in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage gelangt sein könnten.
4. Die Grundstückseigentümer haben Schäden oder Mängel an der Grundstücksentwässerungsanlage oder einer etwaigen Vorbehandlungsanlage dem WAZ Seelow unverzüglich – mündlich oder fernmündlich, anschließend zudem schriftlich – mitzuteilen. Absatz 3 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.
5. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück – auch ohne Eintragung im Grundbuch – ist dem WAZ Seelow sowohl vom bisherigen Pflichtigen als auch vom Rechtsnachfolger

innerhalb eines Monats schriftlich und unter Vorlage der den Wechsel dokumentierenden Unterlagen anzuzeigen. Dies gilt auch bei Schenkungen, in Erbfällen, bei Bodensonderungen, Flurneuordnungen und -bereinigungen sowie Umlegungsverfahren. Kommt der bisherige Pflichtige dieser Anzeigepflicht nicht, nicht richtig oder nicht fristgerecht nach, haftet er gesamtschuldnerisch neben dem Rechtsnachfolger für die Gebühren und sonstigen Abgabeanprüche, die seit dem Zeitpunkt des Wechsels bis zum Eingang der Anzeige beim WAZ Seelow entstehen.

6. Beabsichtigt der Grundstückseigentümer Änderungen auf seinem Grundstück, die die Art und Menge des Schmutzwassers erheblich beeinflussen können (z. B. bei Produktionsumstellungen), hat er dies dem WAZ Seelow unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Der voraussichtliche Beginn der geänderten Einleitung nach Satz 1 ist dem WAZ Seelow gesondert schriftlich mitzuteilen.
7. Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen können, so hat der Abgabepflichtige dies dem WAZ Seelow unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Werden solche Anlagen neu errichtet, geändert oder beseitigt, ist dies vom Pflichtigen vor der Inbetriebnahme der Anlage, jedoch nicht später als einen Monat nach Abschluss der Errichtung, Änderung oder Beseitigung dem WAZ Seelow schriftlich anzuzeigen.
8. Grundstückseigentümer, Baufirmen und sonstige, die Sachherrschaft über einen Bauwasseranschluss ausübende, Dritte haben das Ende der Bauwasserphase (Abschluss der Bauarbeiten mit Herstellung der Grundstücksentwässerungsanlage) dem WAZ Seelow unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Im Falle einer verspäteten, formwidrigen oder unterlassenen Anzeige haften die in Satz 1 genannten natürlichen und juristischen Personen für die bis zum Eingang der Anzeige beim WAZ Seelow entstandenen Verbräuche und Gebühren neben dem Gebührenpflichtigen als Gesamtschuldner.
9. Die Beschäftigten und die mit Berechtigungsausweisen versehenen Beauftragten des WAZ Seelow sind berechtigt, die angeschlossenen oder anzuschließenden Grundstücke zu betreten, soweit dies zur Erfüllung der Schmutzwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung erforderlich ist. Die Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden und ungehindert Zutritt zu allen Anlagenteilen sowie allen Schmutzwasseranfallstellen auf den angeschlossenen oder anzuschließenden Grundstücken zu gewähren.
10. Soweit dem WAZ Seelow in Vollzug dieser Satzung personenbezogene Daten mitzuteilen sind oder der WAZ Seelow solche Daten in Erfüllung seiner Schmutzwasserbeseitigungspflicht erhebt, ist er zur Verarbeitung dieser Daten berechtigt.

§ 22 Haftung

1. Kann die Schmutzwasser- oder Fäkalschlamm Entsorgung wegen Betriebsstörung, unabwendbaren Naturereignissen, insbesondere Hochwasser, Stark- und Dauerregen, Frost, Schneeschmelze usw., oder wegen höherer Gewalt, Streik oder ähnlicher Gründe oder wegen behördlichen Anordnungen nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, haftet der WAZ Seelow unbeschadet Abs. 2 nicht für hierdurch hervorgerufene Schäden; unterbliebene Maßnahmen werden unverzüglich nachgeholt.
2. Der WAZ Seelow haftet für etwaige Schäden, die dem WAZ Seelow unverzüglich schriftlich anzuzeigen sind, für sich und seine Erfüllungsgehilfen – gleich aus welchem Rechtsgrund, einschließlich unerlaubter Handlung – nur dann, wenn einer Person, derer sich der WAZ Seelow zur Erfüllung seiner Aufgaben und Pflichten bedient, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

3. Wer den Bestimmungen dieser Satzung oder einer Sondervereinbarung zuwiderhandelt, haftet dem WAZ Seelow für alle ihm dadurch entstehenden Schäden und Nachteile. Dies gilt insbesondere, wenn entgegen dieser Satzung schädliches Abwasser oder sonstige Stoffe in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage eingeleitet werden. Ferner haben die Verursacher den WAZ Seelow von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die Dritte in diesem Zusammenhang gegen den WAZ Seelow geltend machen. Aufwendungen, die dem WAZ Seelow gleichwohl bei Ereignissen im Sinne der Sätze 1 bis 3 entstehen, sind im Wege des Kostenersatzes von den Verursachern anzufordern; die eigenen Leistungen des WAZ Seelow werden nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung (VKS) abgerechnet. Erfolgen die Ereignisse im Sinne der Sätze 1 und 2 von einem Grundstück, ist neben dem Verursacher auch der Grundstückseigentümer als Gesamtschuldner kostenersatzpflichtig.
4. Wer entgegen § 13 unbefugt Einrichtungen der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage betritt oder Eingriffe an ihnen vornimmt, haftet für entstehende Schäden. Aufwendungen, die dem WAZ Seelow dadurch entstehen, sind im Wege des Kostenersatzes anzufordern; die eigenen Leistungen des WAZ Seelow werden nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung (VKS) abgerechnet.
5. Die Grundstückseigentümer haften außerdem für alle Schäden, die dem WAZ Seelow durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage oder deren Zuwegung, ihr vorschriftswidriges Benutzen und ihr nicht sachgemäßes Bedienen entstehen sowie für Schäden infolge einer nicht rechtzeitigen Anzeige einer erforderlich gewordenen Entsorgung oder einer nicht rechtzeitigen Benachrichtigung über eine nicht erfolgte Entsorgung. In gleichem Umfange haben sie den WAZ Seelow von Ersatzansprüchen freizustellen, die Dritte wegen solcher Schäden gegen den WAZ Seelow geltend machen. Der Ersatzanspruch des WAZ Seelow wird im Wege des Kostenersatzes vom Pflichtigen erhoben; die eigenen Leistungen des WAZ Seelow werden nach Maßgabe der Verwaltungskostensatzung (VKS) abgerechnet.
6. Wer durch Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen nach § 6 dieser Satzung die Erhöhung der Schmutzwasserabgabe nach den §§ 7 und 9 AbwAG vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114) in der jeweils geltenden Fassung verursacht, hat dem WAZ Seelow den erhöhten Betrag der Schmutzwasserabgabe im Wege des Kostenersatzes zu erstatten.
7. Mehrere Verursacher und Grundstückseigentümer haften als Gesamtschuldner.

§ 23

Anordnungen für den Einzelfall, Verwaltungszwang

1. Der WAZ Seelow kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall treffen.
2. Für den Fall, dass die Vorschriften dieser Satzung nicht befolgt werden oder gegen sie verstoßen wird, können durch den WAZ Seelow nach Maßgabe des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Brandenburg (VwVGBbg) in der jeweils geltenden Fassung sowie des Ordnungsbehördengesetzes des Landes Brandenburg (OBG) Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens durchgesetzt werden. Insbesondere kann ein Zwangsgeld oder ein sonstiges Zwangsmittel angedroht und festgesetzt werden. Zwangsmittel können wiederholt werden, bis die festgestellten Mängel beseitigt sind.
3. Die zu erzwingende Handlung kann nach vorheriger Androhung im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten der Pflichtigen durchgesetzt werden.
4. Das Zwangsgeld und die Kosten der Ersatzvornahme werden im Verwaltungsvollstreckungsverfahren eingezogen.

§ 24 Zahlungsverzug

Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Das Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Brandenburg in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung. Säumniszuschläge sowie Aussetzungs- und Stundungszinsen werden nach Maßgabe der Abgabenordnung (AO) erhoben.

§ 25 Ordnungswidrigkeiten

1. Ordnungswidrig im Sinne des § 3 Abs. 2 BbgKVerf handelt, wer einer aufgrund dieser Satzung ergangenen vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt. Ordnungswidrig handelt ferner, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 - (1) § 4 Abs. 1 sein Grundstück nicht oder nicht rechtzeitig an die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage anschließt oder anschließen lässt,
 - (2) § 4 Abs. 3 nicht alles auf seinem Grundstück anfallende Schmutzwasser der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage zuführt oder dem WAZ Seelow überlässt oder die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlage nicht ausschließlich durch den WAZ Seelow oder dessen Beauftragte zulässt,
 - (3) § 4 Abs. 4 der Grundstücksentwässerungsanlage Schmutzwasser zuführt, zu dessen Aufnahme sie bestimmungsgemäß nicht geeignet oder vorgesehen ist,
 - (4) § 4 Abs. 6 Satz 2 die Überprüfung nicht duldet oder nicht unterstützt oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt,
 - (5) § 5 Abs. 2 Satz 1 den mit einer erteilten Befreiung oder Teilbefreiung festgelegten Bedingungen oder Auflagen zuwiderhandelt,
 - (6) § 6 Abs. 1 Niederschlags-, Oberflächen-, Quell-, Drainage-, Grund- und Qualmwasser oder sonstiges Wasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage einleitet,
 - (7) § 6 Abs. 2, Abs. 3, Abs. 6 und Abs. 8 Stoffe in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlagen einleitet, die einem Einleitungsverbot unterliegen,
 - (8) § 6 Abs. 5 den WAZ Seelow nicht oder nicht unverzüglich unterrichtet oder Maßnahmen zur Schadensbegrenzung nicht ergreift,
 - (9) § 6 Abs. 6 Satz 1 Schmutzwasser von gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken oder anderes nicht häusliches Schmutzwasser ohne qualifizierte Stichprobe in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage einleitet,
 - (10) § 6 Abs. 10 Schmutzwasser verdünnt oder vermischt,
 - (11) § 6 Abs. 14 geeignete Vorbehandlungsanlagen nicht erstellt oder geeignete Rückhaltungsmaßnahmen nicht oder nicht ausreichend ergreift,
 - (12) § 6 Abs. 15 Satz 3 das Betreten des Grundstücks oder von Räumen durch Bedienstete oder mit Berechtigungsausweisen versehene Beauftragte des WAZ Seelow nicht duldet oder diesen Personen den ungehinderten Zutritt zu allen Anlagenteilen sowie allen Schmutzwasseranfallstellen auf dem Grundstück nicht gewährt,
 - (13) § 7 Abs. 1 Satz 1 sein Grundstück nicht mit einer Grundstücksentwässerungsanlage versieht, obwohl eine Ausnahme vom WAZ Seelow nicht zugelassen ist,

- (14) § 7 Abs. 1 Satz 3 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik oder den besonderen Forderungen des Bau- und Wasserrechts herstellt, betreibt, unterhält oder beseitigt,
- (15) § 7 Abs. 3 Satz 2 oder Abs. 7 Satz 1 seine Grundstücksentwässerungsanlage nicht oder nicht rechtzeitig anpasst,
- (16) § 7 Abs. 6 seine Grundstücksentwässerungsanlage nicht oder nicht rechtzeitig auf Dichtigkeit überprüfen oder die Dichtigkeitsprüfung nicht rechtzeitig wiederholen lässt oder die Bescheinigung über das Ergebnis der Dichtigkeitsprüfung dem WAZ Seelow nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,
- (17) § 7 Abs. 7 festgestellte Mängel nicht oder nicht rechtzeitig beseitigt,
- (18) § 7 Abs. 8 Satz 1 die Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage oder die Ausführung größerer Unterhaltungsarbeiten dem WAZ Seelow nicht, nicht rechtzeitig oder nicht schriftlich anzeigt,
- (19) § 7 Abs. 8 Satz 1 die Bauunterlagen nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig einreicht,
- (20) § 7 Abs. 9 Satz 1 die Grundstücksentwässerungsanlage vor der Abnahme durch den WAZ Seelow in Betrieb nimmt,
- (21) § 7 Abs. 9 Satz 2 Rohrgräben vor der Abnahme ohne Zustimmung des WAZ Seelow verfüllt oder verfüllen lässt,
- (22) § 7 Abs. 9 Satz 6 Mängel nicht oder nicht rechtzeitig beseitigt,
- (23) § 7 Abs. 9 Satz 7 die Beseitigung der Mängel dem WAZ Seelow zur Nachprüfung nicht oder nicht schriftlich anzeigt,
- (24) § 8 Abs. 1 den Beschäftigten oder Beauftragten des WAZ Seelow nicht ungehindert Zutritt zu der Grundstücksentwässerungsanlage, den Vorbehandlungsanlagen oder den Schmutzwasseranfallstellen gewährt,
- (25) § 8 Abs. 5 Satz 1 Schäden an der Grundstücksentwässerungsanlage, an einer Überwachungseinrichtung oder an einer Vorbehandlungsanlage nicht oder nicht rechtzeitig dem WAZ Seelow anzeigt,
- (26) § 8 Abs. 8 die zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen geforderten Auskünfte nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder verfügbare Unterlagen dem WAZ Seelow nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt oder Entsorgungsnachweise nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt,
- (27) § 9 die abflusslose Sammelgrube oder die Kleinkläranlage nicht unverzüglich außer Betrieb setzt oder nicht so herrichtet, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung von Schmutzwasser und Fäkalschlamm nicht mehr benutzt werden kann,
- (28) § 10 Abs. 1 seine Grundstücksentwässerungsanlage nicht mit einer Schmutzwasservorbehandlungsanlage ausstattet,
- (29) § 10 Abs. 2 Satz 1 die Schmutzwasservorbehandlungsanlage nicht ordnungsgemäß betreibt, überwacht oder unterhält oder entgegen § 10 Abs. 2 Satz 2 nicht dem Stand der Technik anpasst,

- (30)** § 10 Abs. 2 Satz 3 Anlagen mit unzulänglicher Vorbehandlungsleistung nicht oder nicht unverzüglich ändert,
- (31)** § 10 Abs. 4 Satz 1 die in der Vorbehandlungsanlage anfallenden Leichtstoffe, Feststoffe oder Schlämme nicht, nicht rechtzeitig oder nicht regelmäßig entnimmt oder entnehmen lässt,
- (32)** § 10 Abs. 5 an den Vorbehandlungsanlagen keine Eigenkontrollen durchführt oder über die Eigenkontrollen kein oder kein vollständiges Betriebstagebuch führt oder dieses auf Verlangen des WAZ Seelow nicht vorlegt,
- (33)** § 10 Abs. 6 Satz 1 dem WAZ Seelow keine Person benennt, die für die Bedienung der Vorbehandlungsanlagen und die Führung des Betriebstagebuches verantwortlich ist,
- (34)** § 11 Abs. 1 Satz 1 und 2 als Eigentümer eines Grundstücks, auf dem Öle, Fette und Leichtflüssigkeiten, insbesondere Benzin und Benzol gelagert, hergestellt, behandelt oder verwendet werden oder in sonstiger Weise anfallen oder auf dem sich Garagen, mehrgeschossige Stellplätze oder Waschplätze für Kraftfahrzeuge befinden, die mit Abläufen versehen sind, Vorrichtungen zur Rückhaltung dieser Stoffe aus dem Schmutzwasser (Abscheider) nicht oder nicht nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik schafft,
- (35)** § 11 Abs. 1 Satz 3 Stoffe im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 in den Schlammfang oder den Abscheider oder sonst in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage einleitet,
- (36)** dem in § 11 Abs. 2 normierten Einleitungsverbot auf dem Grundstück anfallendes und verunreinigtes Schmutzwasser in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage einleitet,
- (37)** § 11 Abs. 3 Anlagen der dort genannten Art nicht durch Wände oder Schwellen von mindestens 3 cm Höhe an den Begrenzungen der Anlagen sichert oder Wasserzapfstellen innerhalb der Anlagen vorhält,
- (38)** § 11 Abs. 5 Satz 1 Störungen an Abscheidern, die sich auf die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage auswirken können, nicht oder nicht rechtzeitig beseitigt,
- (39)** § 11 Abs. 5 Satz 2 Störungen an Abscheidern, die sich auf die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage auswirken können, oder ihre Beseitigung nicht oder nicht rechtzeitig dem WAZ Seelow anzeigt oder nicht oder nicht rechtzeitig mitteilt, welche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung eingeleitet wurden,
- (40)** § 11 Abs. 6 die in dieser Satzung aufgestellten Parameter bei der Einleitung in den Abscheider nicht einhält,
- (41)** § 12 Abs. 1 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht mindestens einmal jährlich entsorgen lässt,
- (42)** § 12 Abs. 1 Satz 3 den Wartungsbericht dem WAZ Seelow nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,
- (43)** § 12 Abs. 2 im Verbandsgebiet als Entsorgungsunternehmen tätig wird, ohne vom WAZ Seelow dafür zugelassen zu sein,
- (44)** § 12 Abs. 3 Satz 1 eine erforderlich werdende Entsorgung seiner Grundstücksentwässerungsanlage nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
- (45)** § 12 Abs. 7 die ungehinderte Zufahrt nicht gewährleistet oder das Betreten und Befahren

des Grundstücks zum Zwecke der Entsorgung nicht ermöglicht oder die erforderliche Schnee- und Eisbeseitigung oder das Abstumpfen der für die Entsorgung benötigten Bereiche bei überfrierender Nässe oder Glätte nicht, nicht rechtzeitig oder nicht verkehrssicher vornimmt,

- (46) § 12 Abs. 9 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht wieder in Betrieb nimmt,
 - (47) § 13 Einrichtungen der öffentlichen dezentralen Schmutzwasseranlage ohne vorherige Zustimmung des WAZ Seelow betritt oder Eingriffe an ihr vornimmt,
 - (48) § 21 Abs. 1 dem WAZ Seelow die für den Vollzug dieser Satzung erforderlichen Auskünfte, insbesondere über Bestand und Zustand der haustechnischen Schmutzwasseranlagen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder die Ermittlung dieser Daten durch den WAZ Seelow nicht duldet,
 - (49) § 21 Abs. 2 dem WAZ Seelow nicht oder nicht rechtzeitig mitteilt, dass für das Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- und/oder Benutzungszwangs entfallen sind,
 - (50) § 21 Abs. 3 dem WAZ Seelow nicht, nicht rechtzeitig oder nicht schriftlich darüber unterrichtet, dass gefährliche oder wassergefährdende Stoffe in die öffentliche dezentrale Schmutzwasseranlage gelangt sind oder ein entsprechender Verdacht besteht oder welche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergriffen wurden,
 - (51) § 21 Abs. 4 dem WAZ Seelow Schäden oder Mängel an der Grundstücksentwässerungsanlage oder einer etwaigen Vorbehandlungsanlage oder das Bestehen eines entsprechenden Verdachts nicht, nicht rechtzeitig oder nicht schriftlich mitteilt oder nicht, nicht rechtzeitig oder nicht schriftlich mitteilt, welche Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergriffen wurden,
 - (52) § 21 Abs. 5 oder § 17 Abs. 4 dem WAZ Seelow den Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück nicht, nicht richtig, nicht rechtzeitig oder nicht formgerecht anzeigt,
 - (53) § 21 Abs. 6 dem WAZ Seelow Änderungen auf dem Grundstück, die die Art und Menge des Schmutzwassers erheblich beeinflussen können, nicht, nicht rechtzeitig oder nicht schriftlich anzeigt,
 - (54) § 21 Abs. 7 Satz 1 dem WAZ Seelow das Vorhandensein von Anlagen auf dem Grundstück, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen können, nicht, nicht rechtzeitig oder nicht schriftlich anzeigt,
 - (55) § 21 Abs. 7 Satz 2 dem WAZ Seelow die Errichtung, Änderung oder Beseitigung von Anlagen, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen können, nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht rechtzeitig oder nicht schriftlich anzeigt,
 - (56) § 21 Abs. 8 Satz 1 dem WAZ Seelow das Ende der Bauwasserphase nicht, nicht rechtzeitig oder nicht schriftlich anzeigt,
 - (57) § 21 Abs. 9 den Beschäftigten oder den mit Berechtigungsausweisen versehenen Beauftragten des WAZ Seelow das Betreten des Grundstücks nicht gestattet oder das Betreten von Grundstücken oder Räumen nicht duldet oder nicht ungehindert Zutritt zu den Anlagenteilen oder den Schmutzwasseranfallstellen auf dem Grundstück gewährt.
2. Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Abs. 1 Satz 2 Nr. 4, 12, 17 bis 19, 23 bis 26, 33, 39, 42, 44 und 48 bis 57 mit einer Geldbuße bis zu 10.000 € und in allen übrigen Fällen des Abs. 1 mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Betroffene aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reichen die in Satz 1 genannten Beträge hierfür nicht aus, so können sie überschritten werden.

3. Das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist der Verbandsvorsteher des WAZ Seelow.

§ 26 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.07.2025 in Kraft.

Seelow, den 12.06.2025

Zinke
Verbandsvorsteher